

# LAND UND LEBEN

**Viel Hunger und Armut wären mit ein wenig Anbaufläche aus der Welt zu schaffen. Aber Umverteilungen sind politisch kaum durchsetzbar. Staat und Investoren wollen hingegen die Allmenden antasten.**

In vielen Staaten dieser Erde ist eine Ressource noch ungleicher verteilt als das Einkommen: Land. Von den 50 Staaten, für die vergleichbare Daten vorliegen, sind sie nur in einem Land auf demselben Niveau ungerecht verteilt – der Elfenbeinküste. In allen anderen sieht es für das Land noch schlechter aus. Dabei ist diese Ressource entscheidend dafür, ob Menschen hungern müssen oder nicht: 50 Prozent der Haushalte, die nicht genug Nahrung haben, sind kleinbäuerliche Familien. Weitere 20 Prozent, denen es ebenso geht, sind landlos.

Die Forschung zu chronischer Armut zeigt, dass die Ressource Land häufig entscheidend dafür ist, ob Haushalte in Armut verharren müssen oder ein höheres Einkommen erzielen können. Selbst wenn sich der Zugang zu ihr nur geringfügig verändert, können die Menschen ihre finanzielle Lage bereits verbessern. Staaten, die ihr Land gerechter verteilen, haben im Zeitraum von 1960 bis 2000 ein deutlich höheres Wirtschaftswachstum verzeichnet.

Landreformen zählen deshalb zu den maßgeblichen Forderungen kleinbäuerlicher Bewegungen weltweit. Sie sollen dazu dienen, das Land gerechter zu verteilen, Menschen auf staatlichem Land anzusiedeln oder Gewohnheitsrechte anzuerkennen. Ambitionierte Programme kennzeichnen zum Beispiel die Geschichte der beiden indischen Bundesstaaten Kerala und Westbengalen. 99 Prozent der Haushalte bewirtschaften in Kerala 74 Prozent der Fläche, in Westbengalen 85 Prozent. 51 Prozent der Wähler in Westbengalen bringen den Gemeindeverwaltungen in ihrem Bundesstaat ein sehr hohes Vertrauen entgegen – in Bihar, einem Bun-

desstaat, in dem Landreformen nicht mit der gleichen Intensität verfolgt wurden, sind es nur 30 Prozent.

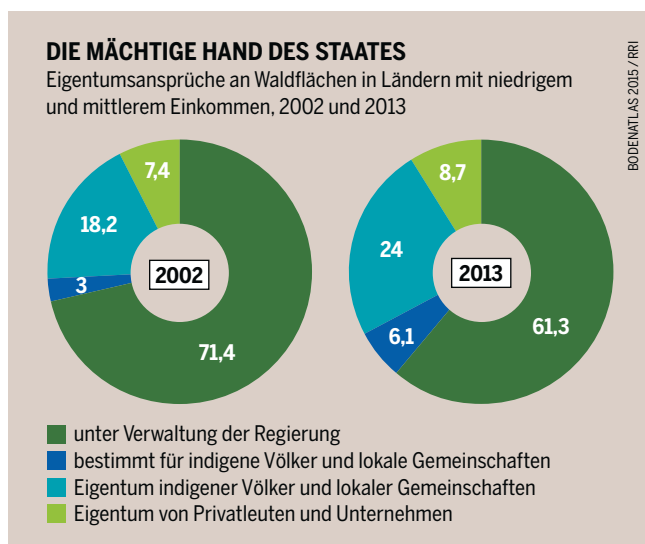
In Brasilien zielte ein Besiedelungsprogramm für den Amazonas während der Militärregierung (1964–1985) auf eine großflächige Weidewirtschaft ab. Zwar förderte der Staat zudem den Zuzug kleinbäuerlicher Familien, und es ließen sich dort auch viele ohne Unterstützung nieder. Dennoch dominierte Großgrundbesitz, etwa im Bundesstaat Pará, wo gegen Ende der Militärdiktatur immer noch nur 18 Prozent der Haushalte rund 82 Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche bearbeiteten. Häufig gründeten diejenigen neue Gemeinden, die sich dank der Förderprogramme der Militärregierung in der Region etablieren konnten. Studien zeigen, dass viele von ihnen im brasilianischen Amazonas von illegal operierenden Holzfällern und Ranchern kontrolliert werden, denen großflächige illegale Abholzung vorgeworfen wird.

In agrarisch geprägten Regionen bedeutet Zugang zu Land somit häufig auch noch Zugang zu politischer Macht. Deswegen scheitern Landreformen auch oft an den bestehenden Machtkonstellationen. Zwar führt eine gerechtere Verteilung nicht unmittelbar zu breiterer politischer Teilhabe. Doch der Zugang bleibt ein zentrales Element der Demokratisierung.

Wie notwendig die Demokratisierung ländlicher Räume ist, zeigt sich in vielen Regionen daran, dass offizielle Stellen den Gemeinschaftsbesitz an Land nur schwer oder gar nicht anerkennen. Dieser Gemeinschaftsbesitz, der auch andere natürliche Ressourcen umfasst, ist für viele Arme auf der Welt eine wichtige Lebensgrundlage. Laut der International Land Coalition leben bis zu 2,5 Milliarden Menschen auf oder von solchen Allmenden in Gemeinschaftsbesitz. Sie können ihr Vieh darauf weiden lassen, dort jagen, Feuerholz sammeln, Wasser holen und sogar Häuser bauen und Ackerbau betreiben. Häufig hängt der Lebensunterhalt von Frauen vom Zugang zu Allmenden ab. Wer sie nutzen darf, wird häufig über traditionelle Rechtsformen und Gewohnheitsrechte geregelt. Die Allmenden sind deswegen häufig nicht vom Staat anerkannt oder einfach zum Staatsland erklärt.

So kommt es dazu, dass Allmenden auch von Regierungen und Firmen zu eigenen, kommerziellen Interessen genutzt werden. Forstunternehmen erhalten Abholzungslizenzen, Rohstoffkonzerne die Erlaubnis zum Abbau von Mineralien, Investoren pachten das scheinbar „brachliegende“ Land. Die Betroffenen wehren sich. Sie organisieren sich, wollen das Land nicht verlassen und kämpfen für ihre Rechte.

In Indien stehen Allmenden im Zentrum der öffentlichen Diskussion. Dort erstrecken sie sich über 49 Millionen Hektar und machen somit fast 40 Prozent der insgesamt 120 Millionen Hektar Ackerland aus. 70 Prozent der Bevölkerung sind

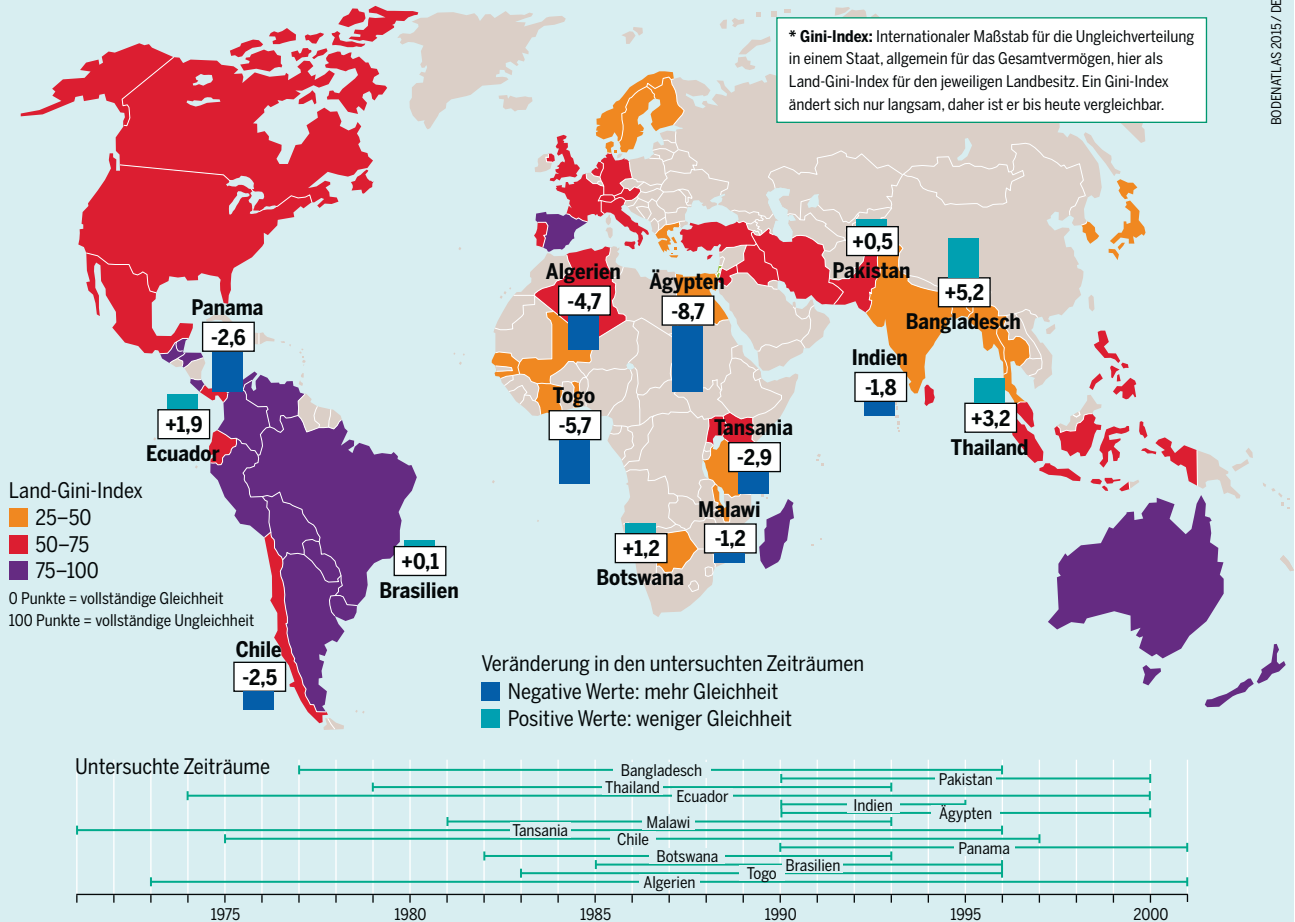


*Wald bleibt begehrt. Trotz aller Abkommen über die Rechte der Indigenen akzeptieren Politiker nur langsam deren Rechte auf ihr Land*

## UNGLEICHER LANDBESITZ

Verteilungsgerechtigkeit nach Punkten des Land-Gini-Index\*, 1990 oder am Ende eines angegebenen Untersuchungszeitraums

BODENATLAS 2015 / DEINIGER U.A.



*In Lateinamerika leiden Millionen kleinbäuerliche Haushalte unter den mächtigen Großgrundbesitzern. Landbesetzungen sind daher populär*

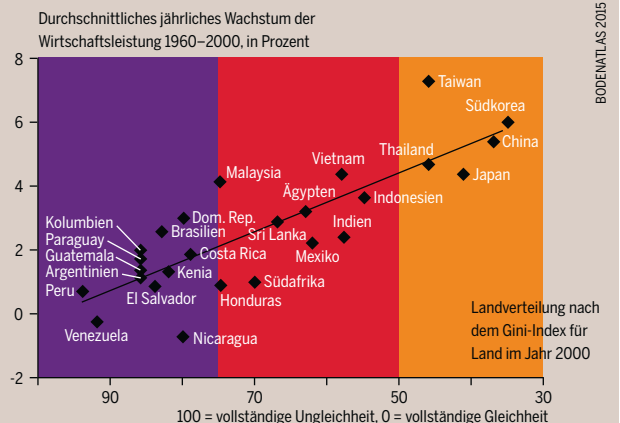
von den Allmenden abhängig: Sie brauchen die Flächen für Nahrung, Futtermittel, Brennstoff, Weideland und Baumaterial. Aber die Zukunftspläne Indiens scheinen keinen Platz für Land in Gemeinschaftsbesitz zu lassen: Neue Fabriken und Straßen, boomende Städte, rund 500 neue Sonderwirtschaftszonen und Plantagen für Biokraftstoffe, die sich immer weiter ausdehnen, nagen an den Allmenden. Alle fünf Jahre gehen 2 Prozent der Fläche verloren. Dadurch werden besonders die Gruppen benachteiligt, die für ihren Lebensunterhalt fast ausschließlich auf die Allmenden angewiesen sind: die seit jeher schlechtergestellten Stämme, Hirten und Fischer, die 24 Prozent der Bevölkerung ausmachen.

So entstand eine der größten Landbewegungen der Welt, die Ekta Parishad (Hindi für „Einheitsforum“). Sie ist ein Dachverband, der sich aus über 10.000 lokalen Organisationen zusammensetzt. Im Geiste Gandhis organisiert Ekta Parishad gewaltfreie Massendemonstrationen, um auf Veränderung zu drängen. Nach einem Marsch mit 25.000 Teilnehmern wurden 350.000 Landtitel an bis dahin landlose Haushalte verteilt, und das Forstministerium ließ 550.000 Anklagen gegen Stammesmitglieder fallen, die der illegalen Nutzung von Wäldern beschuldigt worden waren. 2012

brachen 60.000 Menschen zu einem „Marsch für Gerechtigkeit“ 350 Kilometer weit nach Delhi auf. Bereits unterwegs endete die Aktion in einem Triumph, da die Regierung einwilligte, die Forderungen der Demonstranten zu erfüllen. Die wichtigste davon war die Einrichtung einer gemeinsamen Arbeitsgruppe zu Landreformen. Ein Schwerpunkt: die Allmenden. ●

## WER ACKERN KANN, WILL SICH ENTWICKELN

Zusammenhang von Landverteilung und Wirtschaftswachstum



BODENATLAS 2015 / DEINIGER